

Über die Aufnahme neuer Kandidaten

1. Die Durchführung des Beschlusses der 7. Tagung des ZK über die Aufnahme neuer Kandidaten in die Partei stößt auf eine Reihe von Unzulänglichkeiten.

Es stellt sich heraus, daß die Bereitwilligkeit der besten und bewußtesten Arbeiter, der fortschrittlichsten Techniker und Ingenieure, der Meisterbauern und der Klauen aus der Jugend und den Frauen, zur Partei zu kommen, größer ist als die Fähigkeit mancher Parteiorganisationen und Parteileitungen, ihnen für ihre Aufnahme die Wege zu ebnen. So haben viele Parteiorganisationen in den Betrieben die Werbung für die Partei vernachlässigt. Manche Parteisekretäre sind der Auffassung, daß man warten müsse, bis diese Kräfte von allein zur Partei kommen. Andere Parteisekretäre, wie der Jfa-Werk Zwickau, lassen die Aufnahmeanträge wochenlang bei sich liegen, anstatt sofort zu bearbeiten und der Kreisleitung einzureichen.

Untersuchungen haben ergeben, daß Parteileitungen die systematische Werbung in Kandidaten für die Partei entsprechend den Richtlinien des Sekretariats des ZK vom 5. H. 1951 noch nicht zum Gegenstand ernster Beratungen gemacht haben und deshalb auch keine Beschlüsse faßten.

2. Die Richtlinien des Sekretariats des ZK zur Aufhebung der Aufnahmesperren von einigen Parteiorganisationen und Kreisleitungen mechanisch durchgeführt. Dadurch entstanden Unklarheiten über die Frage: Wer kann jetzt aufgenommen werden und wer nicht? Das führte dazu, daß Aktivisten, die auf Grund ihrer vorbildlichen Leistungen in verantwortliche Positionen in der Jugend- und Gewerkschaftsarbeit, im Staats- und Wirtschaftsapparat aufrückten, die Aufnahme in die Partei mit der Begründung Verwehrt wurde, sie seien Angestellte.

Aus ebensolcher mechanischer Auffassung und entgegengesetzt dem klaren Wortlaut der Richtlinien des Sekretariats des ZK hat man hier und da auch die Aufnahme von Meisterbauern und fortschrittlichen Angehörigen der Intelligenz abgelehnt.

Andererseits gibt es Fälle, wo die Aufnahme neuer Kandidaten nicht erfolgt. Der Beschluß des ZK und die Richtlinien des Sekretariats besagen eindeutig, daß jeder in die Partei aufgenommen werden kann, sondern nur die Besten und Bewußtesten, die also schon in ihrer bisherigen Arbeit bewiesen haben, daß sie würdig sind, in die Partei aufgenommen zu werden.

3. Um vorhandene Unklarheiten zu beseitigen, um die gekennzeichneten Mängel zu überwinden und die Aufnahme neuer Kandidaten in die Partei zu beschleunigen, beschließt das Sekretariat:

a) Arbeiter, die auf Grund ihrer vorbildlichen Leistungen in verantwortliche Positionen im Staats- und Wirtschaftsapparat, in den Gewerkschaften und der FDJ berufen bzw. zum Studium delegiert wurden, können Anträge auf Aufnahme in die Partei stellen. Insbesondere vor muß es das Bestreben jeder Parteileitung und jeder Parteiorganisation sein, besonders die wertvollen Kräfte für die Partei zu gewinnen, die heute in der Produktion Vorbildliches leisten.

b) Das sektiererische Behandeln der Aufnahmeanträge von Technikern, Ingenieuren und Wissenschaftlern, sowie von werktätigen Bauern, vor allem der Meisterbauern, muß überwunden werden.

c) Die Landes- und die Kreisleitungen sowie die Leitungen der Parteiorganisationen in den Betrieben, MAS und volkseigenen Gütern, Hochschulen und Universitäten und in den ländlichen Gemeinden werden aufgefordert, zum Stand der Werbung von Kandidaten für die Partei gemäß den Richtlinien des Sekretariats Stellung zu nehmen und Maßnahmen zu einer planmäßigen, qualitativen Werbung festzulegen.

Die Behandlung aller Anträge hat verantwortungsbewußt zu erfolgen. Genossen, die Anträge liegenlassen, sind zur Rechenschaft zu ziehen.

d) Die Parteipresse ist zu veranlassen, mehr über die Aufnahme neuer Kandidaten zu veröffentlichen, vor allem darüber, warum der einzelne es für seine Pflicht hält, in die Partei einzutreten.

e) Die Abteilung Agitation wird beauftragt, Entwürfe für Flugschriften zu entwerfen, die sich an die einzelnen im Beschluß des Sekretariats vom 5. November 1951 angeführten Personen richten, ihnen die Ziele der Partei erläutern und darlegen, warum gerade sie zur Partei kommen müssen.

f) Die leitenden Organe der Partei und der Massenorganisationen werden beauftragt, in einem Betrieb, in der dafür zuständigen Kreis- und Landesleitung die Aufnahme neuer Kandidaten zu untersuchen und einen Bericht dem Sekretariat bis zum 20. Februar 1952 vorzulegen.

4. Dieser Beschluß ist allen Landes- und Kreisleitungen zuzustellen.

In einem Artikel im „Neuen Deutschland“ sind die Hauptfragen zu behandeln.